

AGABY

ARBEITSGEMEINSCHAFT DER
AUSLÄNDERBEIRÄTE
BAYERNS

Landesgeschäftsstelle
Wittelsbacherstr.1
91126 Schwabach
Tel.: 09122/830780
Fax: 01212 5 102 93 988
E-Mail: agaby@web.de
Internet: www.agaby.de

Bamberg, 5. Mai 2006

Presseartikel

anlässlich der Innenministerkonferenz in Garmisch-Patenkirchen am 4. und 5. Mai 2006

Keine Verschärfung der Einbürgerungsbedingungen, eine erleichterte Einbürgerung braucht das Land!

Ob Tests und Prüfung der Sprachkenntnisse, der Geschichts-, Kunst- und Kulturgeschichtlichen Kenntnisse, Abfragen der Gesinnung, Überprüfungen durch Verfassungsschutz, Sanktionen, weil man beim Durchfallen bei einer Sprachprüfung seiner Integrations„pflicht“ nicht nachgekommen sei. Ob Abschiebung der Kinder in die Förderschule, weil sie eine andere Sprache sprechen, die Regelschule, die immer noch für einsprachige Kinder deutscher Muttersprache konzipiert ist, die Verschärfung des Zuwanderungsgesetzes, die Verschärfung der Bedingungen beim Nachzug von Ehepartnern, usw. Gerade in Bayern – aber nicht nur hier – kommen Tag für Tag neue Vorschläge und Überlegungen, die ein Integrationspolitisches Klima auszeichnen, das bewusst durch ordnungspolitische Härte, Sanktionen und einen überheblichen Befehlston gekennzeichnet ist. Wir sind wieder einmal dran. Diesmal ist nicht „das Boot voll“, das kann wohl angesichts demographischer Entwicklungen keiner mehr richtig behaupten, aber wir sollen Ausländer bleiben und damit wissen, dass wir nicht dazu gehören. 54% der Deutschen haben wieder Angst überfremdet zu werden.

Das ist das Ergebnis eines öffentlichen Diskurses, der seit dem 11. September läuft. Aufgrund unmenschlicher Taten der Terroristen werden eine ganze Religionsgemeinschaft, noch mehr, eigentlich alle „Fremden“ verdächtigt, eine Gefahr darzustellen. Und gegen diese Gefahr will man sich wehren. Kommt irgendjemand auf die Idee zu überlegen, wie sich die Migranten fühlen? Was bewirken alle diese Debatten, Verdächtigungen und Schuldzuweisungen bei den Betroffenen? Glaubt irgendjemand im Ernst, damit mehr Integration zu schaffen?

Fast auf allen vier vom Migrationssoziologen Prof. Heckmann definierten Ebenen der Integration, sieht es im Moment ungünstig aus. Auf der Ebene der strukturellen Integration fallen viele Migranten gerade angesichts der Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklungen aus den bestehenden gesellschaftlichen Strukturen heraus und werden an den Rand gedrängt. Mindestens doppelt so viele Migranten wie Deutsche sind von der Arbeitslosigkeit betroffen. Nur jeder zehnte Jugendliche bekommt einen Ausbildungsplatz. Strukturelle Desintegration im Bildungssektor und auf dem Arbeitsmarkt sind denkbar schlechte Voraussetzungen für die weitere Entwicklung bei der sozialen, kulturellen und vor allem identifikatorischen Integration, um die es bisher im Vergleich zur strukturellen Integration sowieso schlechter bestellt war. Das öffentliche Klima tut ein Übriges dazu. Auf der letzten Delegiertenvollversammlung der Ausländerbeiräte am 30. April in Würzburg waren heftige Emotionen zu vernehmen: Wut, Enttäuschung und Verzweiflung, wohl gemerkt von denjenigen, die sich seit Jahren aktiv für die Integration einsetzen und sich als aktive Bürgerinnen und Bürger für die Integration engagieren.

Die Innenministerkonferenz diskutiert Tests und Prüfungen vor der Einbürgerung, die wohl keinen einzigen Terroristen davon abhalten werden, die richtigen Antworten so zu pauken, dass er eingebürgert wird, wenn er dies für seine Zwecke braucht. Abgesehen davon, dass Gesinnungstests gerade dem Geist jener Verfassung widersprechen, deren Akzeptanz durch den Test geprüft werden soll, verletzt und schreckt der Ton aktueller Forderungen gerade viele Migrantinnen und Migranten ab. Migranten und Migrantinnen, die als Väter und Mütter, als Arbeitende und Steuerzahler bereits viel für dieses Land getan haben und tun, und um die dieses Land eigentlich werben müsste, um sie als Staatsbürgerinnen und -bürger zu gewinnen. Denn ein Land, das einem Teil seiner Bevölkerung auf Dauer staatsbürgerliche Rechte verweigert, läuft Gefahr, seine Demokratie zu schwächen und verzichtet auf jene Solidarität und Zusammengehörigkeit, die nötig wäre, um Gefahren gemeinsam abzuwehren und Zukunft gemeinsam zu gestalten.

Dazu brauchen wir keine Verschärfung der Einbürgerungsbedingungen, sondern erleichterte Einbürgerungen vor allem durch die Hinnahme doppelter Staatsbürgerschaft. Nur so könnten wir vielleicht wirklich so eine große Zahl an Einbürgerungswilligen bekommen, die nötig wäre, um Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes nachzukommen, die Kluft zwischen dem Wahlvolk und der Wohnbevölkerung zu schließen.